

## Entlassungswelle bei öffentlich Beschäftigten

Die anhaltende Wirtschaftskrise hat mittlerweile auch die Beschäftigten des öffentlichen Sektors in Singapur erreicht. Seit Anfang des Jahres 2003 sind nun auch verstärkt Entlassungen bei Behörden und staatlichen Unternehmen zu beobachten. Damit hat das Problem im Stadtstaat eine neue Dimension erreicht.

Die PSA Corporation, Betreiber eines der weltweit größten Containerhäfen, hat im Februar angekündigt, 800 seiner insgesamt 6.000 Stellen abzubauen, nachdem Singapurs Hafen im letzten Jahr mit dem Port of Tanjung Pelepas ernsthafte Konkurrenz aus Malaysia erwachsen ist. Ende Februar erzielte die Unternehmensleitung ein Übereinkommen mit der zuständigen Gewerkschaft über die Modalitäten der ersten 496 Kündigungen. Entlassungen hat auch das staatliche Unternehmen

Chartered Semiconductor angekündigt. Wenn demnächst eine der Chipfabriken des Unternehmens geschlossen wird, fallen damit zugleich 500 Arbeitsplätze weg. Der Stellenabbau betrifft aber nicht nur den staatlichen Unternehmenssektor, sondern zugleich auch Verwaltung und Behörden. So erwarten Experten in den kommenden Monaten auch beim Housing and Development Board, verantwortlich für die umfangreichen Wohnungsbauprogramme in Singapur, den Wegfall einer großen Zahl von Arbeitsplätzen.

Erst jüngst wurde bekannt, dass Singapore Telecom seit etwa einem Jahr eines seiner Call-Center vom benachbarten Malaysia aus betreibt. Während das staatliche Unternehmen entsprechende Meldungen bisher nicht bestätigen wollte, hat das in Malacca an-

sässige Unternehmen Sudong Sdn Bhd auf Anfrage der Tageszeitung New Paper bestätigt, ein Tochterunternehmen des Singapur Telekommunikationsunternehmens zu sein. Damit hat das Unternehmen als erstes aus der Telekommunikationsbranche damit begonnen, Arbeitsplätze in die Region auszulagern.

Die Entlassungen und Verlagerungen sind Folge einer umfassenden Rationalisierung, um einer wachsenden Konkurrenz aus anderen Ländern der Region – vor allem aus China – zu begegnen. Weitere Maßnahmen sehen unter anderem die Senkung der Einkommens- und Unternehmenssteuern und die Anhebung des Arbeitnehmeranteils an der Altersvorsorge (CPF) vor. Insgesamt verdichten sich die Anzeichen, dass Singapur nunmehr in eine Phase struktureller Arbeitslosigkeit eintritt.

# nachrichten

Dass auch im Privatsektor das Ende der Entlassungswellen noch nicht erreicht ist, zeigt zugleich die Ankündigung des US-amerikanischen Hardwareproduzenten Matrox, Teile der Produktion bis Ende 2004 nach China auszulagern. Bisher ist noch unklar, wie viele der derzeit circa 8.000 Arbeitsplätze in Singapur von dieser Maßnahme betroffen sein werden.

*vgl. Financial Times, 8.2.2003; AFP, Singapore, 17.2.2003; Asian Wall Street Journal, 20.2.2003; AFP, Singapore, 27.2.2003; New Paper, 18.4.2003*

## Kein Vorsitz für Politiker der Opposition

Ein führender Oppositionspolitiker kann nicht zugleich ein hohes Amt innerhalb des Gewerkschaftsdachverbandes *National Trade Union Congress* (NTUC) innehaben — zumindest nicht in Singapur. Dies erfuhr im Dezember 2002 Muhammad Ali Aman, Funktionär der oppositionellen *Singapore Democratic Alliance* (SDA), als er aufgefordert wurde, sein Gewerkschaftsamt niederzulegen, sollte er weiterhin hohe Funktionen innerhalb der SDA besetzen.

Der Konflikt entzündete sich an der Kandidatur Amans für das Amt des Generalsekretärs der oppositionellen SDA. Aman ist zugleich Generalsekretär der *Singapore Malay National Organisation*, einer der vier Parteien, aus denen sich die SDA zusammensetzt. Beide Ämter, so die Ansicht führender Vertreter des NTUC, vertragen sich nicht mit seiner Funktion als Vorsitzender der NTUC-Abteilung für die Elektronikindustrie.

*vgl. AFP, Singapur, 5.12.2002*

## Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitskräfte

Die aktuelle Wirtschaftskrise hat zugleich zum größten Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitskräfte seit Jahren geführt. Das trifft für die große Zahl der »Guestworker« in den unteren Beschäftigungssegmenten ebenso zu, wie für die vielen ausländischen Experten, die in Singapur leben.

Seit Juni 2001 haben nahezu 27.000 Arbeitsmigranten Singapur verlassen. Dies entspricht einem Rückgang von etwa 3,5 Prozent. Neben dem Bausektor und dem Hotel- und Gaststättenbereich liegt der Schwerpunkt dieser Entwicklung vor allem im Bereich der privaten Haushalte: Ein nicht unerheblicher Teil der zuletzt 140.000 »Maids« musste mittlerweile in ihre Heimat zurückkehren.

Zugleich haben auch mehrere Tausend ausländische Finanzexperten und IT-Fachleute Singapur den Rücken gekehrt. Allein die Development Bank of Singapore (DBS) hat in den letzten Monaten jeden Zehnten ihrer ausländischen Fachkräfte verloren. Experten gehen da-

von aus, dass zehn bis 20 Prozent der abgezogenen ausländischen Fachleute nach China gehen. Trotz der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt hat die Regierung noch einmal betont, dass sie auch in Zukunft eine »Open-Door« Politik gegenüber ausländischen Experten verfolgen wird, da die Wirtschaft des Landes auch weiterhin auf diese qualifizierten Fachkräften angewiesen ist.

Schließlich hat die anhaltende Krise auch Auswirkungen auf das Migrationsverhalten einheimischer Fachkräfte. Die derzeit schlechten Arbeitsbedingungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die hohen Lebenshaltungskosten in Singapur. Derzeit verlassen nach Angaben der Behörden zwischen 700 und 800 Singapur pro Monat ihr Land, die Hälfte davon mit Ziel Australien. Weitere Zielländer sind die USA, Kanada und Neuseeland.

*vgl. Reuters, 24.12.2002; The Dawn, Pakistan, 27.12.2002; The Star, Malaysia, 19.1.2003; AFP, 19.2.2003*

## Höchster Anteil Inhaftierter

Trotz niedriger Kriminalitätsrate sind in Singapur gemessen an der Gesamtbevölkerung mehr Menschen in Haft als in jedem anderen Land der Region. Zu diesem Ergebnis kam eine internationale Studie aus Großbritannien.

In Singapur kommen auf 100.000 Einwohner 359 Personen, die eine Haftstrafe verbüßen. Der Anteil liegt damit etwa drei Mal so hoch wie in Malaysia und Australien, mehr als sieben Mal so hoch wie in Japan und mehr als zwölf Mal so hoch wie in Indonesien. Für Hongkong zählt die Studie lediglich 176 Häftlinge pro 100.000 Einwohner, und auch der Anteil von Frauen ist hier mit etwa zwei Prozent deutlich niedriger als in Singapur, wo mehr als zehn Prozent der Inhaftierten Frauen sind.

Als Gründe werden vor allem die hohen Haftstrafen bereits für kleinste Vergehen gesehen. Hinzu kommt, dass es in Singapur bisher so gut wie keine Alternativen zur herkömmlichen Haftstrafe gibt.

*vgl. AFP, 31.3.2003*

# nachrichten

Der Vorsitzende der Singapore Democratic Party (SDP), Dr. Chee Soon Chuan, wird der diesjährige Preisträger des von der internationalen Organisation Parliamentarians for Global Action (PGA) vergebenen Defender of Democracy Award sein.

Die Organisation, ein internationaler Zusammenschluss von Parlamentariern ([www.pgaction.org](http://www.pgaction.org)) wird den

## Demokratiepreis

Preis im September in einer Feierstunde an den Oppositionspolitiker verleihen (siehe auch: südostasien 02/03). Dr. Chee erhält die Auszeichnung für seine Engagement für die Demokratisierung in Singapur und der Region. Neben seiner Funktion als Generalsekretär der SDP ist Dr. Chee auch Vorsitzender der Alliance for Democracy in Asia und Direktor des Open Singapore Cen-

tre. Zu den Preisträgern der letzten Jahre zählen unter anderem der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung, der ehemalige Präsident Mexikos, Ernesto Zedillo Ponce de Leon sowie der ehemalige Sprecher der palästinensischen Autonomiebehörde, Hanan Mikhail-Ashrawi.

vgl. Pressemitteilung der SDP vom 5.5.2003

## Nur die Regierung zählt zum ›Bündnis der Willigen‹

Die Regierung Singapurs hatte sich sehr früh hinter die Politik von George W. Bush gestellt und ihre Zustimmung zum Krieg gegen den Irak signalisiert. Eine Position, die von der Mehrheit der Bevölkerung jedoch offenbar nicht geteilt wurde. Zwar verhinderte das autoritäre politische Klima Singapurs, dass der Protest gegen den Krieg auf die Straße getragen wurde, wie dies in vielen anderen Ländern der Fall war. Doch der Dissens wurde deutlich in den Verlautbarungen der Oppositionsparteien und Nichtregierungsorganisationen des Landes, aber auch in jüngsten Meinungsum-

fragen zum Thema. So bekundeten in einer Umfrage knapp drei Viertel der Befragten ihre Ablehnung des Krieges. Und auch zwei der wichtigsten Oppositionsparteien hatten in Stellungnahmen ihre Ablehnung des Krieges deutlich gemacht. Während die Democratic Progressive Party den von den Vereinten Nationen nicht legitimierten Einmarsch der US-Amerikaner als barbarischen Akt bezeichnete, äußert die Workers Party ihre Besorgnis über die Entscheidung der Bush-Administration, den Weg der Diplomatie verlassen und die Bedeutung des UN-Sicherheitsrates damit in

Frage gestellt zu haben. Von einem völkerrechtswidrigen Krieg sprach auch das Think Center, eine der führenden Nichtregierungsorganisationen des Stadtstaats, in einer Stellungnahme zur Politik der Regierung Singapurs.

Während 1991 der Krieg gegen Saddam Hussein fast ausschließlich von den in Singapur lebenden Muslimen – circa 14 Prozent der Bevölkerung – abgelehnt wurde, und der Dissens damit zugleich zu einer Polarisierung zwischen den Ethnien und Religionen beitrug, wurde die Ablehnung dieses Krieges offensichtlich von einer breiten Bevölke-

rungsmehrheit getragen – quer durch alle ethnischen und religiösen Gruppen des Landes. Zumindest aus Singapurs Sicht war (und ist) das ›Bündnis der Willigen‹ daher allenfalls eines einer ›willigen Regierung‹, die damit jedoch nicht die Meinung der Bevölkerungsmehrheit repräsentiert.

vgl. Islamic Republic News Agency (IRNA), Malaysia, 22.3.2003; The Star (Malaysia), 23.3.2003

## Illegaler Handel mit Tropenholz?

Die in London und Washington ansässige *Environmental Investigation Agency* (EIA) wirft dem Stadtstaat vor, über seinen Freihafen am illegalen Handel mit Tropenholz aus Indonesien beteiligt zu sein. Allein zwischen September 2001 und Juli 2002 soll Tropenholz im Wert von drei Millionen US-Dollar aus Indonesien kommend über Südchina illegal in die USA gebracht worden sein.

EIA veröffentlichte einen entsprechenden Bericht nur wenige Stunden bevor US-Präsident Bush und Singapurs Premier Goh Chock Tong ihre Unterschrift unter ein Freihandelsabkommen zwischen Singapur und den USA setzten. Nach Ansicht der Umweltschutzaktivisten zählt Singapur zu einem der wichtigsten Umschlagplätze weltweit für den illegalen Handel mit Tropenholz aus der Region.

vgl. AFP, 6.5.2003

## Drastische Maßnahmen zur SARS-Kontrolle

Neben China und Kanada gehört Singapur zu den am stärksten von der Ausbreitung der schweren Lungenkrankheit SARS betroffenen Ländern. Bis Anfang Mai 2003 verzeichnete der Stadtstaat mehr als 200 Infektionen; 27 Menschen starben bisher an der Krankheit (Stand: 08. Mai). Gleichzeitig steht der Stadtstaat aber auch für die bisher restriktivsten Maßnahmen, die zur Kontrolle der Krankheit ergriffen wurden.

Am 25. April, nachdem bereits 17 Todesfälle zu verzeichnen waren, übertrug das Parlament Singapurs dem Gesundheitsministerium weitreichende Befugnisse zur Verhängung drakonischer Strafen gegen jene Bürger, die sich den Anordnungen der Behör-

den widersetzen. Die bestehenden Richtlinien wurden weiter verschärft. So kann, wer gegen Quarantänebestimmungen und Meldepflichten verstößt, mit einer Geldstrafe von 10.000 Singapur-Dollar und einer Gefängnisstrafe von bis zu sechs Monaten belegt werden. Im des Strafmaßes.

Das Gesundheitsministerium wurde durch das Parlament dazu befugt, nach eigener Maßgabe Wohnquartiere und öffentliche Einrichtungen unter Quarantäne zu stellen. Gegen die neuen Bestimmungen verstößt auch, wer gegenüber Ärzten unrichtige und unvollständige Angaben über Reisen in SARS-gefährdete Regionen oder Kontakte zu möglichen Patienten mit SARS-Infektion macht. Der in-

ternationale Flughafen, sowie die Grenzkontrollstellen der Fährhäfen und am Causeway nach Malaysia wurden mittlerweile mit Infrarotdetektoren ausgerüstet, um erhöhte Fieberwerte bei einreisenden Personen festzustellen. Bisher kann noch nicht abschließend festgestellt werden, ob und in welchem Umfang die Regierung mit den ergriffenen Maßnahmen Erfolge im Kampf gegen die weitere Ausbreitung der gefährlichen Lungenkrankheit erzielen konnte.

vgl. AFP, 25.4.2003; AFP, 8.5.2003